1. **Die Bahn bietet den Arbeitnehmern 2 Prozent – die Vorstandsgehälter sind um 300 Prozent gestiegen**
   Seit dem Amtsantritt von Bahn-Chef Hartmut Mehdorn sind die Bezüge für die acht Vorstandsmitglieder um 300 Prozent gestiegen, wie die „Bild am Sonntag“ berichtet. Laut Geschäftsbericht hätten sie sich in den Jahren 1999 bis 2005 von 3,679 Millionen Euro auf 14,693 Millionen Euro erhöht.
   Quelle: Focus
2. **Manager machen Kasse und drücken Aktienkurs**
   Die Aktie von DaimlerChrysler könnte wesentlich höher notieren, gebe es nicht das Anreizprogramm für Führungskräfte. Die Manager versilbern ihre Aktienoptionen. Und das kommt nicht nur die Aktionäre sondern auch den Stuttgarter Konzern teuer zu stehen.
   Quelle: Die Welt
3. **Zeitarbeitsfirmen – Gedrückte Arbeitnehmer**
   Zeitarbeitsfirmen drücken Arbeitnehmer immer stärker und immer häufiger jenseits des Legalen: kein Urlaub, keine Lohnfortzahlung im Krankheitsfall.
   Quelle: MDR.de
4. **Experten leugnen Fachkräftemangel**
   Arbeitsmarktforscher halten Klagen von Unternehmen über einen akuten Fachkräftemangel für übertrieben. Es gebe noch immer 30 000 arbeitslose Ingenieure in Deutschland.”Der Arbeitsmarkt ist keineswegs leer gefegt. Es gibt noch immer 30 000 arbeitslose Ingenieure in Deutschland“, sagte die Wissenschaftliche Mitarbeiterin beim Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB)
   Quelle: Focus

   Anmerkung: *“Leugnen” ist aber etwas anderes. “Bestreiten” wäre wohl das richtige Wort.*

5. **Energie und Macht**
   Keine andere deutsche Branche fühlt sich im Umgang mit dem Staat so mächtig und stark wie die großen Energieversorger. Keine andere Branche weiß die Bundes- und Landesbürokratie so zu steuern wie die Stromriesen – sei es durch stille Manipulation oder durch offene Konfrontation. Die Energiekonzerne verfügen nämlich nicht nur über ein verzweigtes Leitungssystem, durch das sie zwischen Flensburg und Garmisch jede Menge Strom und Gas leiten – darüber hinaus haben sie ein engmaschiges Netzwerk geknüpft, um die Politik ganz in ihrem Sinne zu lenken.
   Quelle: Berliner Zeitung
6. **Neues aus dem Casino:**

- **Lucas Zeise: Gefahr aus dem Osten**
  Man stelle sich vor: deutsches Produktivvermögen in der Hand fremder Mächte. Nicht auszudenken. Wir können Angela Merkel und der Spitze der Unionsfraktion im Bundestag danken, noch mehr allerdings Roland Koch. Sie alle warnen.
  Quelle: FTD

  Anmerkung: *Merke: Kapitalistischer Fonds und staatliche Fonds sind eben zwei Paar Stiefel. Die einen sind gut und die anderen gefährlich.*

- **Milliardenfonds vor dem Kollaps**
  Nur mit kräftigen Finanzspritzen konnten zwei US-Hedgefonds vor dem Kollaps gerettet werden. Sie hatten sich über windige Hypothekenkredite finanziert und waren in Schieflage geraten. Solche Investments gibt es viele an der Wall Street – sie gefährden das gesamte Finanzsystem.
  Quelle: Spiegel Online

7. **Zugriff verweigern**
   Nach den Anschlägen in Großbritannien wird in Deutschland wieder einmal der Ausbau der Computer- und Videoüberwachung gefordert. Doch beides hilft nicht gegen Terror und schadet der inneren Freiheit.
   Quelle: Die Zeit
8. **Werner Rügemer: Betriebsgeheimnis als Leitkultur**
   Der Ausverkauf öffentlichen Eigentums bei der Auflösung der DDR hat eine typische Privatisierungs-Kriminalität hervorgebracht, die sich als eine Art globale Leitkultur etablieren konnte. Die Strafjustiz ist – wenn sie überhaupt noch versucht, den Gesetzen zur Kontrolle von Wirtschaftsmacht Geltung zu verschaffen – überfordert. Der „embedded journalism“ spielt mit und stilisiert noch die fragwürdigsten Investoren zu Erlösern vom Übel staatlicher Einflussnahme auf das Marktgeschehen. Auf der Strecke bleiben der soziale Rechtsstaat und die Zukunft der Demokratie.
   Quelle: Business Crime Control [PDF – 248 KB]
9. **Immer mehr Studenten leiden unter Burn-Out**
   Studenten stehen unter immer stärkerem Zeit- und Leistungsdruck – auch durch die neuen Bachelor- und Master-Studiengänge. Die Studentenwerke sind beunruhigt über zunehmende psychische Beschwerden.
   Quelle: Netzeitung
10. **DIW wittert eine “linkskeynesianische” Verschwörung**

Jetzt steht es fest: An der Gemeinschaftsdiagnose der führenden Wirtschaftsforschungsinstitute für die Bundesregierung wird das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) aus Berlin künftig nicht mehr beteiligt sein.
Das Institut veröffentlichte ein Pressemiteilung, in der es hieß, eine "linkskeynesianische Kampagne" habe das Bundeswirtschaftsminsterium bei der Vergabe beeinflusst. Das Ministerium weist dies jedoch zurück. Auch Kollegen aus anderen Instituten sehen in dem Vorwurf "völligen Quatsch".
Quelle: FTD

11. **Rankings gehören zu den wirkmächtigsten Mythen des neoliberalen Alltags**
Seit urlanger Zeit ist das Geld das Maß aller Dinge. Als universelles Äquivalent ordnet es Objekten, Dienstleistungen und der menschlichen Arbeitskraft einen Preis zu und macht sie so vergleichbar. Den Ökonomen unserer Tage genügt jedoch die Reichweite dieses Konvergenzmittels nicht mehr. Zu vieles entzieht sich immer noch dessen Zugriff. Darum haben die neoliberalen Einpeitscher das Ranking erfunden, das alles und jedes in die sportive Form einer Hitparade zwingt – von Städten, Bundesländern und Nationen über Künstler und Intellektuelle bis hin zu Schulen und Universitäten.
Quelle: Telepolis

Anmerkung: *Na endlich wird das Thema Rankings einmal aufgegriffen.*

12. **Die Hundert-Millionen-Euro-Show**
Wände werden getüncht, Design-Mülleimer gekauft, bunte Plakate geklebt: Wenn die Gutachter anrücken, werfen Deutschlands Unis sich in Schale. Denn acht Hochschulen hoffen auf Forschungs-Millionen aus der Exzellenzinitiative.
Quelle: Spiegel Online

Anmerkung: *Exzellenz heißt: Wissenschaft als Schaulaufen.*

13. **Aufhebung des Hochschulrahmengesetzes: Nachteilige Auswirkungen ergeben sich definitionsgemäß nicht**
Antwort der Bundesregierung auf eine Anfrage der Grünen: „Das HRG wendet sich an die Landesgesetzgeber. Seine Aufhebung schafft dort zusätzliche Spielräume, hat aber deshalb keine unmittelbaren Auswirkungen für die Hochschulen, Hochschulmitarbeiter, Studierenden und Studieninteressenten."
„Die Verantwortung für die Gleichwertigkeit einander entsprechender Studien und Prüfungsleistungen sowie von Studienabschlüssen und die darauf basierende Möglichkeit des Hochschulwechsels liegt nach der Föderalismusreform bei den Ländern…Bei der Gestaltung, Qualitätssicherung und Akkreditierung von Studiengängen sind nach Auffassung der Bundesregierung die Strukturvorgaben der

Kultusministerkonferenz, die notwendige Akkreditierung und Re-Akkreditierung sowie die Evaluierung der Studiengänge die geeigneten Regelungsinstrumente, um einerseits die Transparenz des Studienangebots und andererseits die Gleichwertigkeit einander entsprechender Studien- und Prüfungsleistungen sowie Studienabschlüsse – auch im Hinblick auf die Mobilität der Studierenden – zu gewährleisten."
Quelle: Bundestag [PDF – 60 KB]

Anmerkung: *Auswirkungen der Aufhebung der Bundeszuständigkeit ergeben sich nicht, weil die Länder zuständig sind und weil die Hochschulen vom Gesetz nicht unmittelbar berührt sind. So einfach und nichtssagend kann man antworten. Keine Analyse, keine sachliche Aussage, kein eingehen auf die Klagen, dass ein Wechsel des Studienortes kaum mehr möglich ist, und dass bei der Anerkennung von Studienleistungen des nackte Chaos herrscht.*